

Stadtregion 2013: Der Weg ist das Ziel

Spätestens seit Etablierung der ÖROK-Kooperationsplattform-Stadtregionen im Rahmen des ÖREK 2011 ist klar, dass Stadtregionen zur Bewältigung gemeinsamer städtischer und ländlicher Problemlagen auch eine Option für Österreich darstellen. Viel wurde darüber schon geschrieben und diskutiert, einzelne stadtregionale Initiativen auch gesetzt, trotzdem hat es den Anschein, dass Projekt „Stadtregion“ steckt in den Kinderschuhen fest und tut sich schwer erwachsen zu werden.

Alexandra Schantl und Thomas Prorok, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung



Vorweg: Stadtregion ist mehr als die Summe von interkommunaler Zusammenarbeit und erfordert dementsprechende Rahmenbedingungen, um zu funktionieren. Zwei KDZ-Studien haben sich in diesem Jahr dem Thema Stadtregionen gewidmet und Potenziale und Herausforderungen von Stadtregionen beleuchtet. Darüber hinaus wurde im Mai 2013 mit dem ersten Stadtregionstag in Graz eine Dialogplattform ins Leben gerufen, die jährlich zentrale Aspekte stadtregionalen Handelns aufzeigen und diskutieren soll.

Starke Partnerschaften

Fazit dieser Maßnahmen ist, dass – trotz eines generellen Bekenntnisses zur Bedeutung von Stadtregionen und der Anerkennung des stadtregionalen Mehrwertes – der Weg zur Umsetzung noch aufbereitet

werden muss. Eine zentrale Rolle dabei spielt eine starke Partner- und Akteursstruktur. Nur damit kann stadtregionales Handeln initiiert und können Stadtregionen etabliert und nachhaltig abgesichert werden. Schließlich handelt es sich bei Stadtregionen um komplexe Beziehungsgefüge, in denen sowohl die administrativen als auch die thematischen Grenzen laufend überschritten werden und zunehmend verschwimmen. Um ein abgestimmtes Zusammenspiel aller Verwaltungsebenen und unterschiedlicher Fachbereiche zu gewährleisten, sind Bund, Länder und Städte in diesem Zusammenspiel gleichermaßen gefordert. Sei es durch eine übergeordnete Stadtregionspolitik, die durch Bund und Länder gesteuert und koordiniert wird. Sei es durch eine bekennde Unterstützung der Bundesländer für stadtregionale Initiativen oder

letztlich durch konkrete Stadtregionsprojekte von Städten und Gemeinden. Zudem müssen andere wichtige Partner wie Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und vor allem die Bürgerinnen und Bürger in stadtregionales Handeln eingebunden werden, um einerseits breite Akzeptanz zu erreichen und andererseits eine mittel- bis langfristige stadtregionale Identität zu bewirken.

Anforderungen auf dem Weg zur Umsetzung

Welche Schritte müssen nun seitens der zentralen Akteurinnen und Akteure gesetzt werden, um Stadtregionen in Österreich auf Schiene zu bringen?

Zunächst muss es einheitliche stadtregionale Planungs- und Entscheidungsgrundlagen geben, anhand derer Stadtregionen gezielt aufgebaut werden können. Ergänzend dazu sollten die Raumordnungs- und Bauordnungsgesetze sowie die Instrumente der Raumplanung gestärkt und Best Practices vor den Vorhang geholt werden. Letzteres könnte auch dazu beitragen, potenzielle Governance-Modelle für die österreichischen Stadtregionen zu konkretisieren.

Notwendig ist auch, die österreichischen Stadtregionen als eigene räumliche Einheit vergleichbar dem „ländlichen Raum“ im Gesamtsystem der österreichischen Politik zu verankern und die verschiedenen Sektoralpolitiken auf die Sicherung und Entwicklung von Stadtregionen auszurichten. Orientierungsrahmen könnte ein „Grünbuch Stadtregionspolitik“ sein, das gemeinsam von Bund, Ländern und Ge-

meinden erarbeitet wird. Dieses könnte als Leitbild und Leitfaden für alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie stadtreionalen Akteurinnen und Akteure dienen.

Man wird auch nicht umhinkommen, rechtliche Rahmenbedingungen für Stadtreionen anzupassen, da unterschiedliche oder unklare rechtliche Bestimmungen sowie das Fehlen einheitlicher Standards aktuell die Zusammenarbeit auf stadtreionaler Ebene hemmen. Dies betrifft unter anderem die Umsatzsteuer, Haftungsfragen oder Kooperationsformen und -modelle, wie länderübergreifende Mehrzweckverbände und die Gebietsgemeinde. Unumgänglich für die Bereitschaft zusammenzuarbeiten, ist das Wissen über regionale Wirkungszusammenhänge und den Nutzen von gemeinschaftlichem stadtreionalem Handeln. Hier bedarf es eines breiten stadtreionalen Know-how-Transfers beispielsweise über Dialogforen und Veranstaltungen oder auch fachspezifische Trainings für Verwaltung und Politik. Die ÖREK-Kooperationsplattform Stadtreionen auf ExpertInnenebene und die Einführung des Stadtreionstages für Entscheidungsträgerinnen und Entschei-

dungsträger sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren haben dahingehend erste wichtige Grundsteine gelegt.

Die regionale Identität stärken und vorhandene Unterstützungsstrukturen wie Regionalmanagements an stadtreionale Anforderungen anpassen, sind weitere Handlungsfelder auf dem Weg zur Stadtreion.

Nicht zuletzt wird man auch die Frage der Finanzierung von Stadtreionen klären müssen. Eine bundesweite abgestimmte Vorgehensweise wäre in diesem Zusammenhang empfehlenswert. Woher die Finanzmittel stammen, wird auch abhängen von dem Aufgabenportfolio der einzelnen Stadtreionen. Finanzierungsmöglichkeiten könnten für Stadtreionen ausgestattete Regionsfonds sein oder eigene Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, insbesondere bei Gründung stadtreionaler Governancestrukturen. Auch die zweckgebundene Bedarfszuweisungen und Umlagen für Mehrzweckverbände könnten als Finanzierungsquelle dienen. Inwieweit auch künftige EU-Fördermittel für stadtreionale Aufgabenstellungen genutzt werden können, wird die Ausgestaltung der EU-Förderprogramme 2014+ zeigen.

2013 hat die ÖROK-Kooperationsplattform-Stadtreionen dem Projekt „Stadtreion“ bedeutende Impulse gebracht. Der Diskurs zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden hat nicht nur zu den genannten Anforderungen an eine Stadtreionspolitik geführt. Vielmehr zeigt die Diskussion auch, dass „Stadtreion“ als Prozess zu sehen ist, der vielerorts bereits läuft.

Es geht nicht darum, über Österreich eine Schablone mit neuen regionalen Grenzen zu legen oder den ländlichen Raum zu diskriminieren. Vielmehr soll in Regionen mit hohem (potenziellen) Vernetzungsgrad der Städte und Gemeinden die gemeinsame Planung und Entwicklung, aber auch die Umsetzung und gemeinsame Erbringung von Dienstleistungen gestärkt werden. Zumeist beginnt dies in den Bereichen Verkehr und Siedlungsentwicklung, aber auch der Standortentwicklung bzw. Betriebsansiedelung. Zusammengefasst heißt dies: Stadtreionales Handeln ermöglichen und unterstützen, dort wo es Sinn macht und ein Mehrwert erkennbar ist. Hierfür sind die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen. ■

Gemeindekooperationen in der Region Marchfeld (MAREV)

Die BürgermeisterInnen der 23 Gemeinden des Regionalverbandes Marchfeld haben den Beschluss gefasst, in Zukunft in ausgewählten kommunalen Leistungsfeldern verstärkt zusammenzuarbeiten.

Peter Bivald, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Im Sinne einer Weiterführung und Stärkung der bereits bestehenden Kooperationen in der Region sollen mit diesem Projekt insbesondere folgende Ziele verfolgt werden: die Zusammenarbeit in der Region weiter stärken und ausbauen sowie auf eine wirtschaftlich und rechtlich solide Basis stellen; gemeinsame Synergien durch flexiblen Personal- und Technikeinsatz und die gemeinsame Leistungserbringung in ausgewählten Leistungsfeldern nutzen; die erarbeiteten Kooperationslösungen möglichst breit und rasch umsetzen. Dies betrifft im aktuellen Projekt folgende Leis-

tungsbereiche: Kooperation Baurecht – Schaffen eines Sachverständigenpools (16 interessierte Gemeinden), Kooperation Personalpool – für Bauhof und Kinderbetreuung (19 interessierte Gemeinden); Kooperation Personalverrechnung – Schaffen einer gemeinsamen Personalverrechnung (10 interessierte Gemeinden) Kooperation Abgabeneinhebung – Schaffen einer gemeinsamen Abgabeneinhebung (16 interessierte Gemeinden). Erste Ergebnisse sollen mit Jahresende vorliegen. Die Umsetzung wird im 1. Halbjahr 2014 erfolgen. ■

